



Branchentarifvertrag für die Weiterbildung

Frühjahr 2014: In Fulda verhandelten ver.di und GEW mit den Vertretern der Arbeitgeber, dem Zweckverband des Bundesverbandes der Träger der beruflichen Bildung (BBB) über einen möglichen Manteltarifvertrag. Die Vorstellungen in zentralen Bereichen wie Arbeitszeit, Regelungen zur Eindämmung der Befristungspraxis und zu einem Qualifizierungstarifvertrag liegen weit auseinander.

In den Verhandlungen soll ausgelotet werden, ob es für Weiterbildungsunternehmen, die überwiegend im Bereich SGB II und SGB III arbeiten, einen Manteltarifvertrag geben kann. Dieser könnte dann durch eine Allgemeinverbindlichkeitserklärung Mindestbedingungen in der Branche festschreiben, die dann von der Bundesagentur für Arbeit als Voraussetzung für die Durchführung von Maßnahmen vorgeschrieben werden können. Doch im Moment sieht es nicht nach einer Einigungsmöglichkeit aus. Mit der Forderung nach einer 40-Stundenwoche, der Arbeitszeit als Präsenzzeit, 29 Tagen Urlaub und einem Entwurf für einen Qualifizierungstarifvertrag gingen die Arbeitgeber in die zweite Runde der Verhandlungen über einen Manteltarifvertrag Weiterbildung – dies ist nicht einigungsfähig.

Die Gewerkschaften ver.di und GEW erklärten, dass eine 40-Stundenwoche mit ihnen nicht zu machen ist und erneuerten ihre Forderung, Zeiten insbesondere für Vor- und Nachbereitung sowie Dokumentation als Arbeitszeit anzuerkennen. Die Forderung nach 30 Tagen Urlaub und Heiligabend (24.12.) und Silvester (31.12.) als arbeitsfreie Tage wurden bekräftigt. Arbeitsbefreiung soll es analog der Regelungen im TVÖD geben. In der strittigen Frage, ob die Arbeitszeit bei Freizeitfahren verlängert werden darf und ob es pauschale Zeitgutschriften für den Aufwand der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geben soll, wurden erste Zugeständnisse gemacht, die allerdings bei weitem nicht ausreichen.

Im Entwurf für einen Qualifizierungstarifvertrag wurde als gemeinsames Ziel formuliert, die Weiterbildungsquoten für alle Beschäftigtengruppen, auch die befristet Beschäftigten, zu steigern. Wir haben deutlich gemacht, dass wir eine tarifliche Regelung mit einem Rechtsanspruch der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erwarten. Der Rechtsanspruch soll kumulierbar und auch für längere Qualifizierungsmaßnahmen nutzbar sein.

Für die weiteren Verhandlungen haben wir klar gemacht, dass wir eine Eindämmung der Befristungspraxis erwarten, Regelungen zur Anerkennung von Vorbeschäftigungszeiten im Konzern und der Branche wollen und Vereinbarungen zur Überleitung und zum Bestandsschutz brauchen. Die nächsten Sitzungen der BTK sind für April und Mai terminiert, eine tarifpolitische Konferenz wird im Juni stattfinden. Für Mai und Juli wurden weitere Verhandlungstermine vereinbart.

**GEW Hauptvorstand
Organisationsbereich
Berufliche Bildung
und Weiterbildung**

Reifenberger Str. 21
60489 Frankfurt a. M.

Verantwortlich:

Leiter
Ansgar Klinger
069/78973-325
ansgar.klinger@gew.de

Referent
Arnfried Gläser
069/78973-319
arnfried.glaeser@gew.de

FAX:
069/78973-103
Internet:
www.gew.de
Facebook:
[www.facebook.com/
GEW.DieBildungsgewerk
schaft](http://www.facebook.com/GEW.DieBildungsgewerkschaft)
Twitter:
twitter.com/gew_bund

**Vorstandsteam
Bundesfachgruppen-
ausschuss
Erwachsenenbildung**

Wilfried Rehfeld
02571/2587
dialog@muenster.net

**Ursula Martens-
Berkenbrink**
0531/893957
martens-b@t-online.de

Uwe Roßbach
0361/5657337
[uwe.rossbach@arbeitund
leben-thueringen.de](mailto:uwe.rossbach@arbeitundleben-thueringen.de)

ESF-BAMF-Programm: Stop and Go

Im April hat ein Trägerschreiben des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) für Besorgnis und Entrüstung gesorgt: Demnach können aus haushaltstechnischen Gründen lediglich die bis Ende März beantragten Integrationskurse im Rahmen des erfolgreichen BAMF/ESF-Programms finanziert werden.

Nach zahlreichen Aktivitäten auch der GEW erklärt das zuständige Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung nun, dass man mit weiteren zur Verfügung gestellten 34 Millionen Euro das ESF-BAMF-Programm bis Ende 2014 fortsetzen werde (<http://www.bamf.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2014/20140430-0013-pressemitteilung-bmas-finanzierung-esf-bamf-programm.html>).

Die Entscheidung des BAMF hat unmittelbar Arbeitsplätze gefährdet und Chancen für Teilnehmende in Frage gestellt. Dies macht deutlich, wie brüchig die Projektfinanzierung für Träger, Lehrkräfte und Teilnehmende ist. Die Bundefachgruppe Erwachsenenbildung fordert eine ausreichende und dauerhafte Finanzierung der Lerninfrastruktur für die Integrationsarbeit, die eine entscheidende Voraussetzung für gelingende gesellschaftliche Teilhabe ist. Mit einem tragfähigen Bildungskonzept im Einwanderungsland Deutschland und einer angemessenen und dauerhaften Infrastruktur für Lernende muss sich die Politik endlich den geänderten Realitäten stellen.

„Bald“ – Nachrichten aus einer gerechten Zukunft

Das Bildungswesen im Allgemeinen und die Weiterbildung im Besonderen sind deutlich unterfinanziert. Nach Berechnungen der GEW sind für ein solidarisches und zukunfts-fähiges Bildungswesen mindestens 50 Milliarden € zusätzlich erforderlich – das Steuerkonzept der GEW weist hier den Weg zu einer angemessenen Finanzierung der öffentlichen Infrastruktur. Was konkret eine Umsetzung der alternativen steuerpolitischen Vorstellung bedeuten kann, zeigt eindrucksvoll die Zeitung „Bald“:

http://www.gew.de/Nachrichten_aus_einer_gerechteren_Zukunft.html

Erstellt wurde die Zeitung vom Bündnis umFAIRteilen, das von der GEW unterstützt wird.

Europawahl

Am 25. Mai 2014 wird in Deutschland das neue Europaparlament gewählt. Die GEW ruft alle Wahlberechtigten auf, zur Wahl zu gehen und ihre Stimme abzugeben. Das Europaparlament ist die einzige demokratisch direkt legitimierte Institution in Europa. Eine hohe Wahlbeteiligung stärkt das Europaparlament – nur ein starkes Europaparlament kann gegenüber EU-Kommission und Rat den Interessen der Menschen in Europa unmittelbar eine Stimme verleihen.

Europa ist im siebten Jahr der Krise und ein Ende ist nicht in Sicht. Aus der Finanz- und Wirtschaftskrise ist längst eine tiefgreifende soziale Krise geworden.

Die Spaltung Europas in reiche und arme Länder wirkt sich fatal auch auf den Bereich Bildung, Erziehung und Wissenschaft aus. Sie führt in vielen Ländern zu einer starken Kürzung der Bildungshaushalte und zu einem katastrophalen Personalabbau. Lehrkräfte, PädagogInnen und wissenschaftliches Personal sehen sich vielfach mit Arbeitslosigkeit konfrontiert.

Wir brauchen einen Kurswechsel u.a. für gute Bildung und eine nachhaltige Bildungsfinanzierung.

Deshalb: am 25. Mai Ihre Stimme für diejenigen, die sich für eine soziale, gerechte und demokratische EU und für gute Bildung in Europa einsetzen!

An- und Abmeldung zum Newsletterdienst: http://www.gew.de/Infoblatt_Weiterbildung.html

**GEW Hauptvorstand
Organisationsbereich
Berufliche Bildung
und Weiterbildung**

Reifenberger Str. 21
60489 Frankfurt a. M.

Verantwortlich:

Leiter
Ansgar Klinger
069/78973-325
ansgar.klinger@gew.de

Referent
Arnfried Gläser
069/78973-319
arnfried.glaeser@gew.de

FAX:
069/78973-103

Internet:
www.gew.de

Facebook:
www.facebook.com/GEW.DieBildungsgewerkschaft

Twitter:
twitter.com/gew_bund

**Vorstandsteam
Bundesfachgruppen-
ausschuss
Erwachsenenbildung**

Wilfried Rehfeld
02571/2587
dialog@muenster.net

**Ursula Martens-
Berkenbrink**
0531/893957
martens-b@t-online.de

Uwe Roßbach
0361/5657337
uwe.rossbach@arbeitundleben-thueringen.de